

Entschließung des Arbeitskreises I der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten

Gedenkorte für Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen – für die ermordeten Juden Europas, für Roma und Sinti, für behinderte und psychisch kranke Menschen sowie für Homosexuelle – zeigen im Berliner Tiergarten, im Umfeld des Zentrums der politischen Macht, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Verantwortung für diese Verbrechen bekennt. Dafür hat die Bundesrepublik Respekt und Anerkennung aus der ganzen Welt erhalten.

Angesichts des heutigen Kenntnisstandes über die nationalsozialistische Kriegs- und Besatzungspolitik steht allerdings außer Frage, dass in diesem repräsentativen Gedenkensemble eine zentrale Opfergruppe fehlt, dass außer den Millionen jüdischer Opfer, die im Zentrum der nationalsozialistischen Mordpolitik standen, weitere Millionen Menschen in Osteuropa Opfer der NS-Vernichtungspolitik wurden. Diese Einwohner Polens und der Sowjetunion wurden entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie als „rassisch minderwertige“ Slawen zu einer rechtlosen Masse erklärt, die millionenfach getötet oder nach Osten vertrieben werden sollte. Rassismus und Lebensraumideologie bestimmten Kriegführung und Besatzungsherrschaft.

Schon 1939 wurden Angehörige der polnischen Bildungsschicht zu zehntausenden in Konzentrationslager verbracht oder erschossen. 1941 sah die deutsche Kriegsplanung für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass „mehrere zehn Millionen“ verhungern sollten. Erste Opfer dieser Planung wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen – im ersten Kriegsjahr starben zwei von drei Millionen Gefangenen. Zehntausende von ihnen wurden ausgesondert und erschossen oder in den Konzentrationslagern ermordet. Mehr als drei Millionen Gefangene überlebten den Krieg nicht.

800 000 Leningrader verhungerten durch die deutsche Blockade, die Planung hatte den Tod aller drei Millionen Einwohner der Stadt vorgesehen. In Polen und der Sowjetunion vernichteten Wehrmacht, SS und Polizei hunderte Dörfer samt ihren Einwohnern. In systematisch leergeraubten „Kahlfräzonen“ wurden in der Sowjetunion Hunderttausende dem Hungertod überantwortet. Beim Warschauer Aufstand 1944 wurden wahllos mehr als hunderttausend unbewaffnete Einwohner erschossen.

All dies wurde in der Konfrontation des Kalten Krieges in der Bundesrepublik Deutschland verschwiegen oder als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Verdrängt blieb das Wissen, dass ein Massenmord an Millionen Menschen mit Vorbedacht geplant und ausgeführt wurde.

Auch gegenüber diesen Opfern hat die Bundesrepublik Deutschland eine historische Verantwortung, an sie zu erinnern - ihrer zu gedenken. Der Arbeitskreis der Berliner und Brandenburgischen Gedenkstätten fordert die politisch Verantwortlichen auf, auch für sie im Berliner Tiergarten einen Ort des Gedenkens zu schaffen.

Berlin, im Dezember 2014

Unterzeichner:

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.
Alliiertenmuseum
Anne-Frank-Zentrum
Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten e.V.
Bonhoefer-Haus
Bund der Verfolgten des Naziregimes e. V.
Canisius-Kollegs (CK) und der Jesuiten-Kommunität
Deutsche Gesellschaft e.V.
Deutsches Historisches Museum
Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Gedenkstätten Brandenburg an der Havel / Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Juni 1933
Gedenkstätte Seelower Höhen
Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen / Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz
Heimatismuseum Köpenick
Jüdische Gemeinde zu Berlin
Jüdisches Museum Berlin
Karmel Regina Martyrium
Kulturprojekte Berlin
Lagergemeinschaft Ravensbrück / Freundeskreis e.V.
Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin Brandenburg e.V.
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
Lesben- und Schwulen Verband Berlin-Brandenburg
LISUM Berlin-Brandenburg
Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück / Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
Sachsenhausen Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam